

# Bericht

des

## Ausschusses für Erziehung und Unterricht

über

den Antrag der Abgeordneten Dr. Schürrf, Pauly und Genossen (246 der Beilagen), betreffend die Zulassung der Frauen zum Unterricht an der Wiener Kunsthakademie.

Wollte bisher eine Frau Österreich ihre künstlerische Ausbildung für Bildhauerei und Malerei sich erwerben, so war ihr dies nur auf dem Wege des Privatunterrichtes durch Künstler möglich oder sie war gezwungen ins Ausland zu gehen.

Die letzte Stufe der künstlerischen Ausbildung zu erreichen, waren nur die Frauen imstande, die Privatvermögen besaßen, oder solche Frauen, denen es gelungen war, einen Kunstmäzen für ihr Talent zu interessieren oder sie waren darauf angewiesen, sich hier oder in der Fremde durchzuhungern.

Ursache dieser Tatsache war die festverschlossene Türe der Wiener Kunsthakademie für die Frauen.

Man behauptete, die Arbeitsräume seien zu beengt, um eine Vermehrung der Schülerzahl zu gestatten, man bangte vor Unzükönlichkeit, vor Hemmungen, die ein gemeinschaftlicher Unterricht beider Geschlechter herbeiführen würde, vielleicht waren auch einige Herren nicht feministisch gesinnt.

Heute ist auf politischem Gebiete die Bresche geschlagen, die Frau ist in die Gemeinde-, die Landstube eingezogen, sie ist in der Nationalversammlung tätig, alle Fakultäten der Hochschule sind ihr geöffnet und es ist wohl selbstverständlich, daß auch die Kunsthakademie den Frauen zugänglich sein muß.

Der Lehrkörper der Kunsthakademie für Frauen und Mädchen hat sich mit dieser Frage befaßt, eine Reihe von Vorschlägen gemacht und verlangt für die Frauen und Mädchen dieselben Aufnahmsbedingungen, den gleichen Studiengang, denselben Kunstuunterricht wie er für Männer möglichst ist.

Das Unterrichtsamt hat in Verfolgung der Aktion der Frauen zum Hochschulstudium sich auch an die Akademie der bildenden Künste gewendet, um die Zulassung der Frauen an dieser Kunsthakademie in die Wege zu leiten.

Das Professorenkollegium der Akademie hat gegen die Zulassung der Frauen zum Studium an der Akademie jetzt keine prinzipiellen Bedenken erhoben, aber darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Zusammenhang eine beträchtliche räumliche Ausgestaltung der Akademie notwendig wäre. Daraufhin wurde das Professorenkollegium aufgefordert, hinsichtlich der notwendigen Raumbeschaffung sowie der sonstigen materiellen Erfordernisse einen detaillierten Vorschlag zu erstatten. Da aber die derzeitige Finanzlage des Staates beträchtliche Aufwendungen nicht zuläßt, andererseits ein weiterer Aufschub der beabsichtigten Maßnahme nicht gerechtfertigt werden könnte, hat das Unterrichtsamt das Professorenkollegium gleichzeitig aufgefordert, zu erwägen, in welcher Weise die Zulassung von Frauen wenigstens provisorisch in

## 733 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

---

einem engeren, dem gegenwärtigen Studienapparate angepaßten Rahmen schon früher, etwa zu Beginn des nächsten Studienjahres möglich wäre. Das Professorenkollegium hat zur Beratung dieser Frage ein Komitee eingesetzt, dessen Stellungnahme in allernächster Zeit bevorsteht. Das Unterrichtsamt ist bemüht, die Voraussetzungen für den Eintritt von Schülerinnen wenigstens in dem angedeuteten engeren Rahmen mit Beginn des nächsten Studienjahres zu schaffen.

Wollen wir in Österreich uns wieder erheben, so müssen alle Fähigkeiten, Anlagen, Neigungen, Fertigkeiten, Talente, auch die der Frauen, gefördert, entwickelt, gepflegt, zur höchsten Entwicklung gebracht werden. Das Wiener Kunstleben muß erhalten werden.

Daher müssen alle den Frauen bisher verschloßnen Tore geöffnet werden. So möge das Unterrichtsamt den vielleicht arg verrosteten Schlüssel der Wiener Kunstabademie energisch umdrehen, mit festem Rucke die Türe öffnen und einziehen lassen die Frauen und Mädchen, die sich berufen fühlen, Österreichs Ruhm auf künstlerischem Gebiete zu festigen.

Der Ausschuß für Erziehung und Unterricht stellt daher den Antrag:

Die Konstituierende Nationalversammlung wolle beschließen:

„Die Regierung wird aufgefordert, die Zulassung der Frauen zum Studium an der Wiener Kunstabademie anzuordnen.“

Wien, 10. Februar 1920.

Dr. Angerer,  
Obmann.

Irene Spunner,  
Berichterstatterin.